Heute „ULK“

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Erscheint wöchentlich zweimal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Rodenspiegel“ mit „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „ULK“, „Haus und Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“. Bezugspreis: wöchentl. 1,25, monatl. 5,50 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 RM monatl. exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch d. Hauptverl. u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, d. Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, [illegible]nd, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition [illegible]s Staates möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46–49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440–3455, für den Fernverkehr 297–300.) Telegramm-Adresse: „Berlitia“, Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,50 RM. Die Aufnahme von Anzeigen zu bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 53; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Nürnberger Straße 67/68; Rathenower Straße 9; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Steinplatz 1; Müllerstr. 155; Badstr. 61; Akazienstraße Str. 79; Charlottenburg: Lauenzienplatz 2; Kantstraße 54; Scharrenstr. 29; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Hafenplatz; Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carstr. 1/3; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 36/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Bankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 20/34; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Brückstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 597
Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

54. Jahrgang
Freitag, 18. Dezember 1925

Freispruch im Lemberger Prozeß.

Das Urteil gegen den Studenten Steiger.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 17. Dezember.

Das mit großer Spannung erwartete Urteil im Lemberger Attentatsprozeß ist heute nachmittag 3 Uhr 10 Minuten verkündet worden. Schon in den Vormittagsstunden war das Lemberger Gerichtsgebäude von einer großen Menschenmenge umlagert. Die Mehrzahl der jüdischen Geschäfte hatte geschlossen. Die Verhandlung begann um 9 Uhr 15 Minuten. **Von den Geschworenen antworteten auf die Frage, ob Steiger das Attentat auf den Staatspräsidenten begangen habe oder nicht, 8 mit Nein und 4 mit Ja. Hierauf kam das Gericht zu einem Freispruch.**

In der gestrigen Verhandlung wurde dem Angeklagten das Wort erteilt. Er beteuerte dabei seine Unschuld und führte u. a. aus: Von Ihrer Entscheidung, meine Herren, hängt es ab, ob es mir vergönnt sein wird, zu friedlicher Arbeit zurückzukehren. Ich bin nicht fähig, das mir zum Vorwurf gemachte Verbrechen zu begehen. Ich verurteile jeden Mord und jegliches Blutvergießen. Ich mache eine furchtbare Tragödie ohne die geringste Schuld durch. Ich habe keinen Grund, in den sicheren Tod zu gehen und meine Familie mit Trauer und meine Nation mit Schande zu bedecken. Von dem Augenblick an, da man mich verhaftet hat, habe ich nie aufgehört zu beteuern, daß ich unschuldig bin. Ich werfe niemandem böses Glauben vor. Jeder Mensch kann sich irren. Ich kann mich nur in einem irren, und das ist die Ueberzeugung meiner Unschuld. Ich schließe mein Bekenntnis mit den Worten, die ich schon zu Beginn der Ausführungen fallen ließ, daß ich völlig unschuldig bin.“ Hierauf sprach der Verteidiger Dr. Löwenstein, der in einer vortrefflich angelegten höchst interessanten Rede die Behauptungen des Staatsanwaltes widerlegte.

*

Die Freisprechung des jüdischen Studenten Steiger ist zugleich die denkbar schärfste Verurteilung des Lemberger Untersuchungsrichters, des Staatsanwalts und seiner Methoden und eines großen Teils der Lemberger Polizeibehörden. Wie erinnerlich, ist das Verfahren gegen Steiger, wie bei allen Einschlägen schon nach kurzer Zeit zweifelsfrei feststand, mit einer ganz unverständlichen Einseitigkeit unter völliger Außerachtlassung aller auf andere Täter deutenden Spuren geführt worden. Steiger, der zunächst vor das Standgericht kam, ist dort mit knapper Not dem Tode entgangen. Hätte von den vier Richtern nicht im letzten Augenblick einer mit Nein gestimmt, so wäre damals ein nicht wieder gutzumachender Justizmord erfolgt.

Aber auch später, nachdem durch die Erklärungen des Ministers Sevéring im preußischen Landtag und durch die Uebersendung eines ausführlichen Protokolls über die Aussage des wirklichen Täters Olszanski ein Zweifel an dessen Täterschaft kaum noch möglich war, hatte der Staatsanwalt im Lemberger Prozeß bis zuletzt die These vertreten müssen, Olszanski sei von den Juden gekauft, um Steiger zu entlasten. Gegen die Geschworenen setzten ungeheuerliche Treibereien ein, die antisemitische Lemberger Presse überschlug sich von Tag zu Tag mehr in heftigster Stimmungsmache; das ging zuletzt so weit, daß die Geschworenen und die Verteidiger Todesandrohungen erhielten, für den Fall, daß Steiger freigesprochen werden sollte.

So erfreulich es ist, daß schließlich doch das Recht gesiegt hat, so erschütternd ist der Gedanke, daß um ein Haar die antisemitische Hetze wieder einmal ein Todesopfer gefordert hätte. Auf Einzelheiten des Prozesses unter juristischen und politischen Gesichtspunkten wird demnächst noch zurückzukommen sein.

Baldwin über Mosul.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 17. Dezember.

Der Premierminister Baldwin gab heute im Unterhause eine Erklärung über die Mosulfrage ab. Die vom Völkerbund festgesetzte Grenzlinie, führte der Premierminister aus, werde nur dann endgültig sein, wenn England innerhalb der sechs Monate die Verantwortung für den Irak für einen so langen Zeitraum übernehme, als es notwendig sei, den Irak zum Mitgliedsstaat des Völkerbundes zu qualifizieren. In keinem Falle würde dieser Zeitraum aber über 25 Jahre hinausgehen, und es sei die Ansicht der Regierung, daß er kürzer sein werde. Die Uebernahme dieser Verantwortung bedeute nicht etwa eine Verpflichtung Englands, Geld für den Irak auszugeben oder dort Truppen zur Sicherung der inneren Ordnung und zur Verteidigung gegen äußere Angriffe zu halten, sondern lediglich die Fortsetzung der Zusammenarbeit und der Ratserteilung zur Aufrechterhaltung einer geordneten Regierung. Hier fragte MacDonald, ob das Unterhaus keine Gelegenheit zur Debatte geben werde. Baldwin antwortete, er halte es für wünschenswert, wenn das Unterhaus von dem Kolonialminister erfahre, wie die Dinge stünden. Ebenso wie Baldwin hat auch der Kolonialminister Amery in einem Interview in Paris seiner Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß der Irak schon vor Ablauf von 25 Jahren dem Völkerbund angehören würde. In einem anderen Interview, das „Exchange“ mitteilt, drückte Amery aus, daß England den Türken die Hand entgegenstrecke. Die Türkei kenne die Gefühle Englands und jeder Störungsversuch könnte nur von ihr kommen. Infolge dieser neuen Politik der Regierung, der Türkei gegenüber den Versöhnlichen zu spielen, ist hier schon von einer Konferenz die Rede, die aber, wie Redwood schreibt, noch als voreilig gelten kann. Immerhin bemerkt auch Redwood, daß hier schon der Name des Generals Harington als Vertreter Englands auf einer solchen englisch-türkischen Konferenz genannt worden sei.

Mulden in den Händen der Japaner.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 17. Dezember.

Der Korrespondent der „Evening News“ meldet aus Tokio, daß Mulden, die Hauptstadt Tschangtsolins, einschließlich ihrer Arsenale und Depots in den Händen der Japaner sei. Tschangtsolin sei benachrichtigt worden, daß er nur als Sieger zurückkehren dürfe, wogegen Tschangtsolin heftigen Protest einlegte. Gleichzeitig aber habe man General Kuo, der gegen Tschangtsolin vorrücke, wissen lassen, daß man ihm nicht gestatten werde, Tschangtsolin nach Mulden zu verfolgen, wenn es deswegen zu Kämpfen kommen könne.

Schutzzollverhandlung im Oberhaus.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 17. Dezember.

Im Oberhause wurde heute über die neue Schutzzollvorlage der Regierung debattiert, wobei Asquith die Regierung darauf aufmerksam machte, daß ihre Maßnahmen die Preise erhöhen und den englischen Handel schädigen würden. Aber wenn alle Waren, die man jetzt durch Zölle ausschließen wolle, in englischen Fabriken hergestellt werden würden, so würde sie gerade 7000 englischen Arbeitern Beschäftigung verschaffen. Was die Welt augenblicklich brauche, sei der denkbar freieste Güterverkehr. Es sei niederschmetternd, daß England diesen Augenblick wähle, um einen Schritt rückwärts zu tun und die Zollbarriere zu errichten. Das Schlimmste sei es, daß die Befürworter der Vorlage diese nur als Auftakt zu weiteren Zöllen betrachteten. Diese Prophezeiung scheint ihre Bestätigung in einer Versammlung von 80 konservativen Abgeordneten zu finden, die sich für eine stärkere Anziehung des Schutzzollgesetzes erklärten. Sir Robert Horne hielt eine dementsprechende Ansprache. Es ist unmöglich, daß eine protektionistische konservative Gruppe mit Robert Horne als Führer gebildet wird.

Syriendebatte im Pariser Senat.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 17. Dezember.

Im Senat wurde heute über Syrien verhandelt. Zwei Interpellationen liegen vor. Bevor die Debatte beginnt, wird ein langer Bericht des neuen Oberkommissars in Syrien, des Senators de Jouvenel, bekannt, der sehr optimistisch ist. De Jouvenel erklärt, daß die Lage in Syrien ruhig ist, nur in der Umgebung von Damaskus besteht noch eine Aufstandsbewegung, doch ist auch dort eine entschiedene Besserung der Lage zu erkennen. Bei den letzten Kämpfen haben die Aufständischen große Verluste gehabt, während auf französischer Seite nur zehn Soldaten verwundet wurden. De Jouvenel teilt mit, daß der südliche Libanon sich unterworfen hat.

Nach ausführlichen Darlegungen Painlevés und Briands wurde durch Handaufheben eine Tagesordnung angenommen, die der Regierung das Vertrauen ausspricht.

Deutscher Dank an belgische Seeleute.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Brüssel, 17. Dezember.

Der deutsche Geschäftsträger Baron von Lwachendorf hat heute dem Außenminister Vandervelde den Dank der deutschen Regierung für das heroische Verhalten der belgischen Rettungsmannschaften von Blankenberge und Ostende und besonders des Oberlotsen Mike bei der Strandung des deutschen Seglers „Odotria“ ausgesprochen.

Die neue Regierung in der Tschechoslowakei.

Die galvanisierte Koalition. — Wieder ein allischechischer Block gegen die nationalen Minderheiten.

(Von unserem Korrespondenten.)

Prag, im Dezember.

Bei der Unterzeichnung der Locarno-Verträge in London hat der tschechische Außenminister Dr. Benesch beim Lobe des friedlichen Verständigungsgeistes von Locarno in einer englischen Zeitung gesagt, nun komme die Heimat an die Reihe. Er hat ein innerpolitisches Locarno angekündigt, eine Parallele, die nur so verstanden werden kann, daß nun auch den Sudetendeutschen die ihnen gebührende Stellung auf Grund freiwilliger Vereinbarungen eingeräumt, daß ihnen für die aufgebürdeten Pflichten nun auch Rechte gegeben und Gelegenheit zur Mitarbeit geboten werden sollen. Nun hat man es sich zwar abgewöhnt, Bankettreden und Zeitungsversprechungen von Ministern ernster zu nehmen, als sie gesagt sind, aber nicht häufig folgt schönen Reden das Dementi der Tatsachen so schnell auf dem Fuße wie diesmal dem Ausspruch Dr. Beneschs. Die Tschechoslowakei war soeben in der Lage, den Geist von Locarno im Innern praktisch zu betätigen. Bei den Novemberwahlen hat sich die Bevölkerung mit einer Mehrheit von mehreren hunderttausend Stimmen gegen das alte morsche Koalitionssystem, gegen den Gedanken der unbeschränkten diktatorischen Vorherrschaft der tschechischen Herrenkaste ausgesprochen, die alte Regierung hat das Feld räumen müssen und eine neue Mehrheitsgruppierung war zu konstruieren. Der Geist von Locarno, von dem Dr. Benesch gesprochen hat, war gerade noch frisch genug, um den Gedanken nahezulegen, bei der Mehrheitsbildung und Zusammenstellung der neuen Regierung einen Versuch praktischer Völkerversöhnung im Staatsinnern zu machen und die Minderheitsnationen, vor allem die Millionenmasse der Sudetendeutschen in die Kombinationen einzubeziehen, ihnen Gelegenheit zu geben, sich schlüssig darüber zu werden, ob sie an der Leitung des Staates teilnehmen und damit auch die Mitverantwortung übernehmen wollten. Der Versuch hätte nicht gelingen müssen. Die Deutschen hätten zu hohe Forderungen stellen, die Tschechen hätten zu wenig bieten können. Der bloße Versuch hätte zumindest den Willen der bisherigen tschechischen Machthaber gezeigt, den inneren Frieden nach dem Beispiel von Locarno anzubahnen. Aber selbst dieses Minimum an Entgegenkommen ist unterblieben, nicht einmal der Versuch ist gemacht worden, mit den deutschen Parlamentariern zu sprechen. Es hat außerordentlicher Anstrengungen bedurft, um die verschiedenartigen Wünsche der tschechischen Parteien von links und rechts in Einklang zu bringen, aber alle die Schwierigkeiten, die die Kabinettsbildung so lange verzögert haben, vermochten die führenden Männer nicht zu bewegen, auch nun bei den Deutschen anzufragen, ob sie sich an der neuen Regierung beteiligen wollten. Mit brüsker Bewußtheit ist selbst eine Andeutung einer national gemischten Regierung vermieden und alles Bemühen darauf konzentriert worden, eine homogene tschechisch-nationale Regierung zu bilden, deren programmatisch so differierende Teile nur der eine Gedanke eint, den tschechisch-nationalen Charakter des Staates zu wahren und die nationalen Minderheiten an die Wand zu drücken. Das ergibt keine tröstliche Perspektive für die Zukunft.

Der politischen Disziplin und der Energie der tschechischen Parteien stellt freilich die nunmehr geglückte Regierungsbildung das beste Zeugnis aus, wenn auch das neue Kabinett insofern kein Meisterstück ist, als man ihm den Schweiß der Arbeit von weitem ansieht. Die Verhandlungen über die Zusammenstellung der Regierung wurden nicht nur durch vielfältige Wünsche der beteiligten Parteien, sondern auch durch Einflüsse kompliziert, die aus der Umgebung des Präsidenten stammten. Im Hradschiner Schloß, dessen Atmosphäre von Reminiszenzen an die kulturkämpferische Vergangenheit des Präsidenten Masaryk erfüllt ist, hat der Machtzuwachs der Klerikalen bei den Wahlen verstimmt. Man glaubte dort, versuchen zu sollen, wenigstens innerhalb der Regierung den klerikalen Einfluß nicht voll zur Geltung kommen zu lassen. Das war offenbar das Motiv des aus Burgkreisen lancierten Gedankens, daß nicht ein rein parlamentarisches Kabinett gebildet, sondern nebst Politikern eine größere Zahl unpolitischer Fachleute für die wichtigsten Ressorts in die Regierung genommen werden möchten. Dieser Plan ist jedoch nur zum geringsten Teil geglückt. Der geschickte Führer der Katholischen Volkspartei, Monsignore Schramek, hat die Bestrebungen, den Einfluß seiner Partei in der Regierung möglichst herabzudrücken, durch einen schlauen Schachzug pariert, indem er für seine Partei das Schulministerium verlangte. Diese Forderung hatte eine kleine Palastrevolution im Schoße der Koalition zur Folge. Denn das Schulministerium ist seit Jahren eine Do-